



ALEXANDER KRITIKOS

## Drei Jahre Tsipras und Stillstand ohne Ende?

Prof. Dr. Alexander S. Kritikos, Forschungsdirektor im Vorstandsbereich am DIW Berlin.  
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Alexis Tsipras ist seit drei Jahren an der Macht, so lange wie kein griechischer Regierungschef vor ihm seit Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008. Diese drei Jahre konnten unterschiedlicher nicht sein. Das erste Jahr erinnerte an den Film „... denn sie wissen nicht, was sie tun“. Nur rasten die Troika in gepanzelter Limousine und im Trabant Tsipras und Varoufakis aufeinander zu. Immerhin brachte diese Konstellation den beiden Rebellen täglich Meldungen auf allen deutschen Kanälen. Das war noch keinem griechischen Politiker gelungen. Ihr kompromissloses Gebaren führte das Land allerdings an den Abgrund, mit bekanntem Ausgang: In letzter Sekunde stoppte Tsipras den Trabant, schickte zum Wohle Griechenlands seinen Beifahrer in die Wüste. Aber im Chaos dieses ersten Jahres war der Keim des 2014 begonnenen Aufschwungs erstickt.

Die Jahre zwei und drei waren geprägt von mühseligen bis ultimo verschleppten Verhandlungen zwischen Brüssel und Athen. Die Freigabe nächster Hilfszahlungen verzögerte sich über Monate. Jedes Mal stieg die Unsicherheit über die Zahlungsfähigkeit des griechischen Staats. Geplante Investitionen blieben ebenso aus wie die Erholung der griechischen Wirtschaft.

In Brüssel wollte man das Thema weg von der Tagesordnung haben, es gab Wichtigeres zu tun. Und so lobte die Eurogruppe jedwedes Gesetzesvorhaben, so unsinnig manche waren, etwa die Erhöhungen der Unternehmens- und Immobiliensteuern. Den Gläubigern war es trotzdem recht: Hauptsache Griechenland produzierte einen Primärüberschuss, egal ob der privaten Wirtschaft dadurch noch mehr die Luft ausging. Es gab auch positive Reformen, nur konzentrierten diese sich wie zuvor auf den Arbeitsmarkt. So wurde zuletzt das Streikrecht reformiert und die Streikschwellen auf europäisches „Normalmaß“ angehoben.

Generell gilt: Eine Wende im griechischen Politikstil ist ausgeblieben. Und das macht sich in vielerlei Hinsicht bemerkbar: Erstens hat Tsipras, der bei Amtsantritt das Ende des alten Systems verkündete, am Klientensystem festgehalten. Dessen negative Folgen in Verbindung mit den nach wie vor schlecht funktionie-

renden staatlichen Institutionen und den hohen Steuern führten zur Auswanderung der griechischen Produktivkräfte. Und die „alten Eliten“ und „Oligarchen“? Tsipras „kümmert sich um die Seinen“, statt die Eliten in einen Plan zum Aufbau des Landes einzubinden.

Zweitens fehlt Tsipras eine wirkliche Vorstellung davon, wo Griechenland in fünf Jahren stehen soll. Entsprechend ging er ohne ernstzunehmende Position in die Verhandlungen mit den Gläubigern. Jenseits der Forderung nach einem Schuldenschnitt fehlen bis heute von griechischer Seite konstruktive Alternativvorschläge zu den Forderungen der Institutionen, die dem Land anstelle der zahlreichen Sparrunden besser getan hätten. Wie so etwas geht, hat Portugal wiederholt vorgemacht.

Im Ergebnis wurden hunderte der von den „Institutionen“ geforderten Maßnahmen durch das Parlament geprügelt, ohne dass klar ist, welche Konsequenzen diese Veränderungen für das Land haben. Gleichzeitig verkündet Tsipras unaufhörlich, er glaube nicht an den Erfolg dieses Reformprozesses. Damit dürfte er nicht einmal Unrecht haben. Problem nur: Er hat diese Vereinbarungen selbst so schlecht ausgehandelt und unterschrieben.

Dementsprechend gibt es keine konstruktive Diskussion über die verschleppten Reformansätze, die Griechenland aus der Krise brächten. Jenseits der gut reformierten Arbeitsmärkte denke man an besser funktionierende staatliche Institutionen, ein verlässliches Steuersystem, an eine Justizreform. Mit diesen drei Reformen würde das Land eher auf die Beine kommen als mit den nächsten Sparrunden, die auch in den kommenden Jahren anstehen.

Seit zehn Jahren herrscht Stillstand im Krisenland Griechenland, trotz eines marginalen Anstiegs des Bruttoinlandsprodukts in 2017. Das ist eine Blamage, für diese Regierung ebenso wie für die europäischen Institutionen. Nun wird Griechenland in der Mischung aus positiven und kontraproduktiven Reformen eine Phase des Wachstums mit angezogener Handbremse einläuten. Es wäre mehr drin gewesen.

## IMPRESSUM

---



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

[www.diw.de](http://www.diw.de)

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang

### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Dr. Ferdinand Fichtner; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;

Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Stefan Liebig;

Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.; Prof. Karsten

Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

### Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

### Lektorat

Felix Weinhardt, Ph.D.

### Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;

Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;

Matthias Laugwitz; Markus Reiniger; Dr. Alexander Zerrahn

### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)

Telefon: +49 1806 14 00 50 25

### Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

### Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

### Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

### Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit

Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den

Kundenservice des DIW Berlin zulässig ([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter [www.diw.de/newsletter](http://www.diw.de/newsletter)